

Positionen der FDP.Die Liberalen St.Gallen

Gemeinsam weiterkommen.

Verabschiedet durch die kantonale Mitgliederversammlung

25. Oktober 2018



Unsere Schweiz – unsere Heimat

Gemeinsam weiterkommen – unsere liberale Vision

Die Schweiz ist heute ein Erfolgsmodell – dies ist jedoch nicht selbstverständlich und das Resultat von langer, harter Arbeit und richtigen Entscheiden – von den freisinnigen Gründern 1848 bis heute. Die Schweiz ist die Heimat für Menschen, die gewillt sind, Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen und ihr Schicksal durch Fleiß, Respekt und Engagement selbstbewusst zu gestalten. Die Schweiz ist unsere Heimat. Dieses Erfolgsmodell zu sichern und in die Zukunft zu tragen, ist die grosse Aufgabe – von uns als Partei, als Freisinnige, als Land. Nur so können wir die Zukunft der Schweiz aktiv gestalten und unsere Errungenschaften bewahren und weiterentwickeln.

In der Schweiz übernimmt jede und jeder Eigenverantwortung und gleichzeitig Verantwortung für die Gemeinschaft. Dadurch werden auch die sozial Schwächeren nicht vergessen, sondern gestützt. Wir kämpfen für unsere Freiheit, respektieren das Eigentum anderer und die Interessen der Allgemeinheit. Diese liberale Schweiz ist unsere Heimat. Diese Heimat zeichnet sich durch Vielfalt aus und ist Basis für unsere Entfaltung als Gesellschaft:

- › Sie verbindet Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Denn nur wer starke Wurzeln hat, kann sich ohne Angst der Zukunft stellen.
- › Sie ist lokal verankert und erlaubt uns dadurch global zu denken und zu handeln. Denn so können wir auch in Zukunft in einer vernetzten Welt unsere Eigenständigkeit bewahren.
- › Sie schafft Identität in unserer gewachsenen Vielfalt. Denn nur so können wir als Willensnation unsere Zukunft selbstbewusst gestalten.

Unsere liberalen Werte

Für uns steht diese Heimat im Zentrum einer Vision für die Schweiz. Sie basiert auf den liberalen Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt:

- › Freiheit bedeutet, dass wir unser Leben selbstbestimmt gestalten können. Freiheit ist jedoch nicht grenzenlos. Wir alle müssen Verantwortung für unsere Handlungen und die Gemeinschaft übernehmen.
- › Gemeinsinn hält die Schweiz zusammen, denn er verbindet Kulturen, Sprachen und Regionen. Grundstein des Gemeinsinns bilden echte Solidarität und gelebte Miliztätigkeit – sei es durch freiwilliges Engagement in der Familie, Nachbarschaft, Gemeinde, im Verein oder in der Politik.
- › Fortschritt ist der Schlüssel zum Wohlstand von heute und morgen. Innovationen und technischer Fortschritt, nicht Verbote, bringen uns weiter.

Unsere Ziele

Damit wir als Land, Nation und als Gesellschaft gemeinsam weiterkommen, unsere Zukunft gestalten, unsere Eigenständigkeit bewahren und unsere Leben selbstbewusst bestimmen können, stehen folgende sieben Ziele im Mittelpunkt unserer Vision für die Schweiz:

Vielfältige Gesellschaft mit gemeinsamen Werten

- › Vielfalt und gesellschaftliche Durchmischung für soziale Ausgewogenheit.
- › Stabiler Generationenvertrag und flexible Lösungen von der Altersvorsorge, über das Pflege- und Gesundheitssystem bis zur Gestaltung von individuellen Beschäftigungsmodellen.
- › Qualifizierte Migration, die unsere Werte und Rechtsordnung respektiert und zu unserem Wohlstand beiträgt.

Gelebte Solidarität, die niemanden zurücklässt

- › Freiheit und Eigenverantwortung kombiniert mit Chancenvielfalt.
- › Freiwilliges Engagement für die Gemeinschaft und funktionierender sozialer Ausgleich für die Schwächsten.
- › Gelebte humanitäre Tradition der Schweiz mit dem Schutz für verfolgte Menschen.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die ermöglichen, nicht verhindern

- › Attraktive regulatorische & steuerliche Rahmenbedingungen und leistungsfähige Infrastrukturen für eine liberale Wirtschaftsordnung, die Leistung belohnt.
- › Eine Wirtschaft, die ihre Freiheiten verantwortungsbewusst und nachhaltig nutzt und damit staatliche Regulierung vermeidet.
- › Soziale Marktwirtschaft und freier Wettbewerb statt Umverteilung durch den Staat.

Nachhaltige und effiziente Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen

- › Weg von einer starren Verbotspolitik, hin zu einer umsichtigen und nachhaltigen Energie- und Klimapolitik.
- › Sicherung der Biodiversität, schonungsvoller Umgang mit unserer Umwelt und Rahmenbedingungen, die eine unternehmerische Landwirtschaft ermöglichen.
- › Nachhaltige Infrastrukturpolitik mittels mehr Verdichtung im bereits genutzten Siedlungsraum und besserer Abstimmung von Mobilität- und Siedlungspolitik.

Starke und behauptungsfähige Schweiz

- › Umfassende Sicherheitspolitik mit einer starken Milizarmee, die auf die aktuellen Bedrohungslagen und alle Dimensionen (auch Cyber-Attacken) ausgerichtet ist.
- › Funktionierende Institutionen auch in Krisensituationen.
- › Entschlossene Bekämpfung und Verfolgung der Kriminalität mit effizienten Verfahren und konsequentem Vollzug.

Digitalisierung und Fortschritt im Dienste der Menschen

- › Digitalisierung als Chance für Innovation und Fortschritt und für neue Arbeitsplätze.
- › Leistungsorientierte Bildung und lebenslanges Lernen fördern, um die eigene Zukunft selbst gestalten zu können. Wirtschaft als starker Partner im Forschungs- & Bildungssystem.
- › Flexible und der Zeit angepasste Arbeitszeitmodelle und Arbeitsstrukturen, sowie bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eigenständige und vernetzte Interessenspolitik

- › Aussenpolitik ist Interessenpolitik zur Wahrung von Wohlstand und Sicherheit.
- › Zugang zu globalen Märkten sichern und wirtschaftlichen Austausch über unsere Grenzen ermöglichen.
- › Eine starke Schweiz, die ihre Neutralität und Souveränität clever nutzt.

Unser Verständnis des Staates

Die Rolle des Staates:

- › Der Mensch steht im Zentrum: Politik und Verwaltung dienen dem Volk und die Bürgerinnen und Bürger haben mit Referenden und Initiativen das letzte Wort.
- › Prinzip der Subsidiarität: Jede staatliche Ebene befasst sich nur mit Aufgaben, welche die nächst untere Ebene nicht zu lösen vermag. Kompetenz für Aufgabe und Finanzierung wird grundsätzlich auf derselben Ebene angesiedelt. Der Staat greift seinerseits nur dort ein, wo es Private individuell, Familie oder Gemeinschaft nicht alleine schaffen.
- › Konzentration auf Kernaufgaben: Der Staat regelt Grundsätze und verzichtet auf Überregulierungen. Er ist stark aber schlank und geht mit den (Steuer-) Mittel sparsam um.

Gemeinsam weiterkommen!

- › Wir sind die einzige Partei in der Schweiz, die eine positive, konstruktive Zukunftsvision für unser Land hat und nicht auf Angst setzt. Wir wollen als Schweiz weiterkommen! Gemeinsam stellen wir sicher, dass unser Land auch für die zukünftigen Generationen erfolgreich bleibt: Eine menschliche Schweiz. Eine intelligente Schweiz. Eine mutige Schweiz. Eine sichere Schweiz. Eine fortschrittliche Schweiz. Denn: Wir sind die Partei, die dieses Land gross gemacht und alle wichtigen Institutionen in diesem Land geschaffen und entwickelt hat. Das war nur möglich, weil wir stets nach vorne geschaut und uns konsequent für unser Land und den Fortschritt eingesetzt haben.

Die Zukunft ist eine Chance! Lassen Sie uns diese gemeinsam anpacken und unsere liberale Zukunftsvision für die Schweiz umsetzen. Denn nur gemeinsam kommen wir weiter.

Inhaltsverzeichnis

Werte	3
Grundsätze	4
Forderungen	5
Staatsstruktur und Verwaltung	6
Digitalisierung	7
Steuern und Finanzen.....	9
Bildung.....	10
Wirtschaft und Arbeit.....	12
Gesundheit	14
Sicherheit.....	16
Gesellschaft, Familie und Soziales.....	18
Verkehr.....	20
Energie	22
Umwelt und Lebensraum.....	23
Landwirtschaft.....	24



Werte

Freiheit

Freiheit bedeutet, dass wir unser Leben selbstbestimmt gestalten können. Freiheit ist aber nicht grenzenlos. Sie verlangt Verantwortung. Der Schutz der Freiheit und des Eigentums ist primäre und ureigene Aufgabe des Staates.

- › Freiheit muss jeden Tag neu erkämpft werden – sie ist keine Selbstverständlichkeit. Die FDP kämpft gegen immer mehr Regulierung und Bevormundung durch Behörden.
- › Freiheit bedingt Verantwortung – gegenüber sich selber und gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die FDP setzt auf die Eigenverantwortung.
- › Freiheit bedeutet, Individualität leben zu dürfen. Die FDP setzt sich dafür ein, dass jeder sein Leben selbst bestimmen kann.

Gemeinsinn

Gemeinsinn hält die Schweiz zusammen, denn er verbindet Kulturen, Sprachen und Regionen. Mit freiwilligem Engagement in Familie, Nachbarschaft, Verein und Politik stärken wir unsere Gemeinschaft.

- › Gemeinsinn ist die Voraussetzung dafür, dass nicht nur der Staat Verantwortung für die Gesellschaft übernimmt, sondern jeder Einzelne. Die FDP setzt sich dafür ein, dass dieses Engagement Raum, Unterstützung und Wertschätzung erhält und fördert das Engagement ihrer Mitglieder.
- › Gemeinsinn braucht Gestaltungsräume und die Möglichkeit zur Partizipation. Die FDP setzt sich dafür ein, dass privates Engagement nicht durch staatliche Massnahmen verdrängt und eingeschränkt, sondern ermöglicht und unterstützt wird.
- › Gemeinsinn ist die Basis unseres Milizsystems. Die FDP stellt sich gegen eine zunehmende Professionalisierung der Politik, der Armee und weiterer öffentlicher Ämter.

Fortschritt

Fortschritt ist der Schlüssel zum Wohlstand von morgen. Innovation und technologischer Fortschritt bringen uns weiter, von der Gesundheit über Verkehr bis zur Energie.

- › Fortschritt braucht Mut und Vertrauen. Die FDP setzt fordert von der öffentlichen Hand mehr Mut und Vertrauen in die Privatwirtschaft. Übermässige Kontrollen und Vorgaben verhindern Innovation.
- › Fortschritt benötigt Know-how. Die FDP setzt auf den Bildungsstandort Schweiz mit einer hohen Dichte an anwendungsbezogener Forschung
- › Fortschritt entsteht aus Kooperation und Zusammenarbeit. Die FDP befürwortet eine partnerschaftliche Handelspolitik und setzt sich für eine enge Kooperation in Wissenschaft und Wirtschaft mit dem Ausland ein.

Grundsätze

Wir sind das liberale Original

Wir Freisinnigen glauben an die Kraft von Freiheit, Selbstverantwortung und Gemeinsinn. Freiheit ermöglicht es uns, unser Leben selber zu gestalten. Doch Freiheit verpflichtet. Deshalb ist Verantwortung das Fundament einer freien Gesellschaft. Anstand, Respekt, Zivilcourage und Gemeinsinn – das sind die liberalen Werte, für die wir einstehen und kämpfen. Wir Freisinnigen sind die politische Heimat für all jene, die nach Freiheit streben und bereit sind, dafür Verantwortung für sich und die Gemeinschaft zu übernehmen.

Wir stehen für Fortschritt

Der Fortschrittsgedanke soll in allen Bereichen der Grundsatz sein – nie aber Selbstzweck. Mit rückwärtsgewandten Ideen verhindert man jeden Fortschritt. Der grenzenlose Ausbau des Sozialstaates behindert Eigeninitiative und Eigenverantwortung und schadet letztlich allen Bürgerinnen und Bürgern. Wir erarbeiten Lösungen, die den gesellschaftlichen Wandel und die demographische Entwicklung berücksichtigen.

Wir fordern einen schlanken, aber leistungsfähigen Staat.

Wir Freisinnigen stehen für einen schlanken, bürgernahen und in seinen Kernaufgaben starken Staat. Zu den Kernaufgaben auf kantonaler Ebene zählen die Bereiche Bildung, Sicherheit, Soziales, Gesundheit, Infrastruktur und Umwelt. Zur Bewältigung dieser Aufgaben stehen dem Staat die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Effizienz bleibt jedoch oberstes Gebot. Die Staatsquote muss reduziert werden.

Wir wollen eine prosperierende Wirtschaft.

Die FDP ist die Partei, welche sich systematisch für ein nachhaltiges und stetes Wirtschaftswachstum einsetzt. Arbeitsplätze sind der Garant für soziale Sicherheit. Eine gute Ausbildung ist der Garant für erfolgreiche Partizipation im Wirtschaftsleben. Wir wollen klare, einfache Spielregeln und gleich lange Spiesse für alle. Dies bedeutet unter anderem auch keinen weiteren Ausbau staatlicher Subventionen, halbstaatlicher Unternehmen und administrativer Hürden. Leistung muss sich lohnen!

Wir setzen auf Gemeindeautonomie und Subsidiarität.

Was in Gemeinden mit effizienten und effektiven Strukturen bürgernah erledigt werden kann, soll auch dort erledigt werden.

Wir setzen uns für Nachhaltigkeit ein.

Nachhaltigkeit betrifft nebst dem Umgang mit der Umwelt und Natur, auch die Finanzen und die Sozialwerke. Unser Tun richtet sich nicht nach dem kurzfristig Richtigen, sondern orientiert sich am langfristig Möglichen und Finanzierbaren. Nicht nur bei Investitionen, sondern auch beim Unterhalt.

Konsolidierte Forderungen

Staatsstruktur und Verwaltung: **Schlanker, aber leistungsfähiger Staat!**

- › Die Staatsquote muss sinken. Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft.
- › Gesetze sind regelmässig auf ihre Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Folgekosten für Private sowie Unternehmen zu prüfen und gestützt darauf allenfalls abzuschaffen oder anzupassen.
- › Stärkung des Föderalismus, Aufgaben sollen, wenn immer möglich, auf Gemeindeebene verbleiben und die Autonomie der Gemeinden ist zu stärken.
- › Die Regulierungsdichte ist zu reduzieren.

Digitalisierung: **Fortschritt leben und Chancen nutzen!**

- › Digitales Wissen in Bildung, Weiterbildung und Forschung aktiv fördern.
- › Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen: Ausbau des E-Governments, insbesondere Open Government Data und One-Stop-Shop
- › E-Voting schrittweise nach dem Motto «*Sicherheit vor Tempo*» einführen.
- › Arbeitsrecht flexibilisieren, Arbeitszeiterfassung liberalisieren.

Steuern und Finanzen: **Vom Nehmer- zum Geberkanton!**

- › Die Staatsquote muss sinken. Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft.
- › Mit der Digitalisierung der Staatsverwaltung sind Produktivitätsgewinne zwingend zu realisieren.
- › Die steuerliche Belastung für den Mittelstand und juristische Personen sind zu senken.

Bildung: **Innovation ermöglicht Chancen!**

- › Leistung wird gefordert und überprüft.
- › Der duale Bildungsweg und die permanente Weiterbildung sind zu stärken.
- › Die Maturitätsquote ist nicht politisch festzusetzen.
- › Autonomie der Schulträger statt Zentralismus.

Wirtschaft und Arbeit: **Mehr Freiheit, weniger Staat!**

- › Die Marktwirtschaft ist zu stärken.
- › Bundesvorgaben sollen vom Kanton nicht im Sinne eines Musterknaben direkt übernommen. Der Handlungsspielraum zu Gunsten eines freien Marktes wird maximal ausgeschöpft.
- › Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind permanent zu überprüfen und zu verbessern.
- › Innovation ist voranzutreiben, in der Wirtschaft und in der Verwaltung.
- › Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons müssen erhöht werden.
- › Der Innovationspark Ostschweiz muss im Kanton St. Gallen angesiedelt werden.

Gesundheit: **Qualität durch Fortschritt!**

- › Die Spitäler werden mehr und mehr verselbständigt und entpolitisiert.
- › Besteller, Erbringer und Bezahler von Gesundheitsleistungen dürfen nicht identisch sein.
- › Standortfragen sind keine politischen, sondern rein unternehmerische Fragen, die alleine der Verwaltungsrat der Spitalverbunde zu beantworten hat.
- › Bei der Pflegefinanzierung muss die Eigenverantwortung gestärkt und die Umverteilung gestoppt werden.
- › Die Notfallabdeckung im ganzen Kanton ist weiterhin lückenlos gewährleistet.

Sicherheit und Justiz: Keine Freiheit ohne innere Sicherheit!

- › Strafverfahren müssen schnell abgewickelt werden. Urteile sind rasch zu vollziehen.
- › Cybersecurity ist durch interkantonale Zusammenarbeit zu professionalisieren und zu stärken.
- › Die innere Sicherheit bildet die Grundlage für die Freiheit.
- › Der Kanton St. Gallen setzt die Schweizer Asylpolitik konsequent um.

Gesellschaft, Familie und Soziales: Eigenverantwortung vor Staat!

- › Familienergänzende Betreuungsmassnahmen sind wichtig und eine Verbundaufgabe von Staat, Wirtschaft und Privaten.
- › Keine Giessskannenpolitik im Sozialbereich.
- › Keine Kleidervorschriften für den öffentlichen Raum.
- › Cannabis ist zu legalisieren.

Verkehr: Rollen statt Stauen!

- › Alle Verkehrsträger werden gleich gefördert und deren Finanzierung muss sichergestellt sein.
- › Die Engpässe im Kanton St.Gallen sind zu beseitigen.
- › Der Ausbau orientiert sich an der Nachfrage, nicht umgekehrt.
- › St.Gallen muss als Vollknoten Bestandteil des nächsten Bahnausbauschrittes sein.

Energie: Taten statt Worte!

- › Energieeffizienz und flächendeckende Versorgungssicherheit sind zentrale Anliegen der FDP: sie sind zu gewährleisten.
- › Weder Technologieverbote noch -gebote. Denkverbote in Bezug auf die Energieproduktion lehnen wir ab.
- › Kantonale Behörden sollen den Ermessensspielraum zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger auslegen.
- › Energie- anstatt Bürokratieförderung / weniger Energiebürokratie

Umwelt und Lebensraum: Eigeninitiative vor staatlichen Eingriffen!

- › Attraktive Wohn- und Lebensräume sind zu ermöglichen
- › Die wirtschaftliche Entwicklung wie die Erweiterung von Produktionsstätten, die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Neuansiedlungen von Industrie- und Gewerbe haben Vorrang vor raumplanerischen Restriktionen.
- › Die planerischen und baulichen Rahmenbedingungen sowie deren Umgang/Auslegung damit in der Verwaltung sind im Kanton St.Gallen für Unternehmen, Bauherren und Investoren attraktiv
- › Der Erhaltung unserer Landschaft und ein sorgfältiger, umweltbewusster Umgang mit den vorhandenen Ressourcen sind selbstverständlich, so erhalten wir auch die Biodiversität.
- › Der Einbezug des Umweltschutzes und der ressourcenschonende Umgang ist eine Selbstverständlichkeit.

Landwirtschaft: Mehr Innovation, weniger Staat!

- › Mehr Unternehmertum, Nachhaltigkeit und Selbstverantwortung.
- › Sinnvolle Vernetzung von Biodiversitätsförderflächen.
- › Vermeidung von missbräuchlichem Protektionismus, der in den Markt eingreift und die Branche schwächt.
- › Mehr Innovation in der Landwirtschaft.

Staatsstruktur und Verwaltung

Schlanker, aber leistungsfähiger Staat!

Die FDP fordert:

- › Die Staatsquote muss sinken. Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft.
- › Gesetze sind regelmässig auf ihre Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Folgekosten für Private sowie Unternehmen zu prüfen und gestützt darauf allenfalls abzuschaffen oder anzupassen.
- › Stärkung des Föderalismus, Aufgaben sollen, wenn immer möglich, auf Gemeindeebene verbleiben und die Autonomie der Gemeinden ist zu stärken.
- › Die Regulierungsdichte ist zu reduzieren.

Ziele

Föderalismus und Subsidiarität kennzeichnen den Staatsaufbau unseres Landes. Sie sind auch auf kantonaler Ebene konsequent umzusetzen und schaffen die für eine direkte Demokratie notwendige Bürgernähe. Eine schlanke und effiziente Verwaltung beschränkt sich auf die wesentlichen Staatsaufgaben. Mit optimalen Prozessen, Leistungsanreizen und einer umfassenden Nutzung der digitalen Technik sind die Staatsleistungen zu steigern.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Schlanker, aber leistungsfähiger Staat:

- › Die Staatsquote muss sinken. Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft.
- › Durch ein konsequentes Regulierungscontrolling ist die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Erlassen regelmässig zu prüfen und gestützt darauf sind Erlasse anzupassen oder abzuschaffen.
- › Die Staatsausgaben sind zu begrenzen und konsequent zu überprüfen. Der Staat hat seine Ausgaben zu priorisieren und konsequent am Gemeinwohl und nicht an der Anspruchsmentalität einzelner Gruppen auszurichten.
- › Der Staat erbringt effiziente und effektive Dienstleistungen. Perfektionismus ist unnötig, zu teuer und behindert die Beteiligten.
- › Das Prinzip des Public Private Partnership (PPP) ist auf allen staatlichen Ebenen und Tätigkeitsbereichen aktiv zu fördern.

Gemeinden stärken, Subsidiarität ermöglichen:

- › Ein starker Kanton St.Gallen setzt gesunde Gemeinden voraus. Die vermehrte Übertragung von Aufgaben an die Gemeinden trägt dem Subsidiaritätsprinzip Rechnung und steigert das Kostenbewusstsein sowie die Selbstverantwortung der Bürger vor Ort.
- › Die Gemeinden sind in ihrer Autonomie weiter zu stärken. Die Übertragung von Aufgaben auf den Kanton ist auf das zwingend Notwendige zu beschränken.
- › Eine saubere Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sorgt für Klarheit unter dem Grundprinzip „wer zahlt, befiehlt“.
- › Die Schaffung von Einheitsgemeinden bzw. Gemeindefusionen sind zu fördern.
- › Die Gemeindeautonomie soll nicht durch Einschränkungen des Steuerwettbewerbs oder durch einen horizontalen Finanzausgleich beschränkt werden. Steuerlich attraktive Gemeinden nützen dem ganzen Kanton.
- › Statt einer Übertragung von Aufgaben an den Kanton sind neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kanton und den Gemeinden zu suchen, die eine gegenseitige Unterstützung und eine Koordination ohne Zentralisierung ermöglichen (z.B. neue E-Government-Organisation).

Digitalisierung

Fortschritt leben und Chancen nutzen!

Die FDP fordert:

- › Digitales Wissen in Bildung, Weiterbildung und Forschung aktiv fördern.
- › Chancen der Digitalisierung konsequent nutzen: Ausbau des E-Governments, insbesondere Open Government Data und One-Stop-Shop
- › E-Voting schrittweise nach dem Motto «Sicherheit vor Tempo» einführen.
- › Arbeitsrecht flexibilisieren, Arbeitszeiterfassung liberalisieren.

Ziele

Die Digitalisierung, verändert unsere Gesellschaft und Wirtschaft grundlegend. Der Wandel klassischer Wertschöpfungsketten und neue Technologien schaffen Chancen für neue Geschäftsmodelle, Prozesse und Arbeitsplätze. Die FDP will, dass die Schweiz an der Spitze der technologischen Innovation bleibt und das Potenzial der Digitalisierung nutzt, um den Standort Schweiz weiter zu stärken. Die Aufgabe des Staates ist es jedoch nicht, Industriepolitik zu betreiben. Wir fordern, dass aktiv und rasch liberale Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Wirtschaft und Bevölkerung die Chancen der Digitalisierung nutzen können.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Digitale Wirtschaft: Raum für Innovation schaffen

- › Regulierung für alle Marktteilnehmer abbauen. Regulierung muss innovative Ideen zulassen indem weniger technische Umsetzungsdetails gesetzlich festgeschrieben werden, sondern vermehrt Grundsätze.
- › Arbeitsrecht flexibilisieren, Arbeitszeiterfassung liberalisieren.
- › Firmengründungen erleichtern: Abbau von Bürokratie, Gründung via «Mausklicks», Erleichterung des Umzugs von Kleinstfirmen.
- › Digitalisierung ermöglicht neue Arbeitsformen (Telearbeit, flexibles Büro, Videokonferenzen). Der Kanton soll diese Möglichkeiten aktiv nutzen und so seine Arbeitsplätze attraktiver machen und die Kosten je Arbeitsplatz (z.B. geringerer Bürobedarf) senken.
- › Digitales Wissen in Bildung, Weiterbildung und Forschung fördern und Unternehmertum aktiv in die Ausbildung einbringen.

Digitale Verwaltung: Moderne Dienstleistung für Bürger und Wirtschaft

- › Ausbau des E-Governments, insbesondere Open Government Data und One-Stop-Shop, E-Voting schrittweise nach dem Motto «Sicherheit vor Tempo» einführen.
- › Der Kanton St.Gallen übernimmt bei der Zusammenarbeit von ihm und den Gemeinden im Bereich E-Government eine Pionierrolle und bringt sich aktiv in den E-Gov-Gremien auf Bundesebene ein.
- › Digitale Prozesse bei der Mitteilung von Versicherungsangaben (Sozial- und Unfallversicherungen)
- › Digitale Identität (eID) einführen, Behörden sollen selber digitale Signaturen verwenden.
- › Vorrang des elektronischen Verfahrens bei neuen Dienstleistungen des Staates sicherstellen.
- › Elektronischen Geschäftsverkehr in der gesamten Verwaltung vorantreiben.
- › Bürokratieabbau durch koordinierten Datenaustausch aller Teile der Verwaltung erreichen.
- › Die Nutzung digitaler Prozesse und Angebote sollen durch tiefere Gebühren gefördert werden.
- › Gesetzgebung konsequent hinsichtlich der Chancen und Gefahren der Digitalisierung anpassen.
- › Massengeschäfte konsequent durch E-Government (transaktionsorientierte Prozesse) lösen.

Digitale Infrastruktur: Starkes Fundament für Digitalisierung

- › Regulatorische Hindernisse abbauen, damit die Mitbenutzung bestehender Infrastruktur, die Erhöhung der Grenzwerte für Mobilfunkantennen und die Klärung von Zugriffsrechten und Standards ermöglicht wird.
- › Verfahren für den Netzausbau beschleunigen und vereinfachen.
- › Keine voreilenden regulatorischen Eingriffe festlegen.
- › Digitale Infrastruktur flächendeckend verbessern.

Steuern und Finanzen

Vom Nehmer- zum Geberkanton!

Die FDP fordert:

- › Die Staatsquote muss sinken. Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft.
- › Mit der Digitalisierung der Staatsverwaltung sind Produktivitätsgewinne zwingend zu realisieren.
- › Die steuerliche Belastung für den Mittelstand und juristische Personen sind zu senken.

Ziel

St.Gallen gehört bezüglich der steuerlichen Attraktivität für natürliche und juristische Personen ins vordere Viertel. Der Kanton St.Gallen hat einen gesunden Staatshaushalt und wird vom Nehmer- zum Geberkanton.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Staatsquote und Aufgabenteilung

- › Die Staatsquote muss sinken. Der Staat darf nicht schneller wachsen als die Volkswirtschaft.
- › Die staatlichen Leistungen sind laufend und konsequent auf ihre Notwendigkeit und Standards zu überprüfen.
- › Strukturen, Prozesse sind laufend auf ihre Effizienz zu überprüfen.
- › Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden ist zu überdenken und klar zu definieren.

Gesunder Staatshaushalt:

- › Der Staatshaushalt ist ohne Bezug von Eigenkapital ausgeglichen. Überschüsse sind zur Äufnung des freien Eigenkapitals zu verwenden.
- › Die seit Jahren überdurchschnittliche Steigerung der Ausgaben bei den Staatsbeiträgen muss reduziert werden. Dazu gehört auch der Verzicht auf Leistungen.
- › Bei Beschlüssen des Kantonsrats ist die nachhaltige Finanzierbarkeit sicherzustellen. Sie dürfen mittelfristig nicht zur Steigerung der Staatsquote beitragen.
- › Strukturelle Defizite sind immer durch Einsparungen auszugleichen.
- › Bevor neuen Aufgaben/Gesetze definiert werden, muss deren langfristige Finanzierung gesichert sein.
- › Mit der Digitalisierung der Staatsverwaltung sind Produktivitätsgewinne und entsprechend Einsparungen im Personalbereich zu realisieren.

Tiefe Steuerbelastung:

- › Jeden Franken nur an einem Ort besteuern.
- › Die Steuern für den Mittelstand und juristische Personen sind zu senken.
- › Steuererhöhungen sind abzulehnen.
- › Der Kanton positioniert sich bezüglich Steuerbelastung im schweizweiten Vergleich in allen Bereichen im vorderen Viertel und besteuert Kapitalerträge nach international wettbewerbsfähigen Tarifen.
- › Wo staatlichen Leistungen direkt zugeteilt werden können ist eine Finanzierung durch verursachergerechte Gebühren vorzusehen, dürfen aber nicht den Charakter von versteckten Steuern annehmen. Die Erhebung von Gebühren soll dazu beitragen, die Steuern gleichzeitig zu senken.

Bildung

Innovation ermöglicht Chancen!

Die FDP fordert:

- › Leistung wird gefordert und überprüft.
- › Der duale Bildungsweg und die permanente Weiterbildung sind zu stärken.
- › Die Maturitätsquote ist nicht politisch festzusetzen.
- › Autonomie der Schulträger statt Zentralismus.

Ziele

Ein qualitativ hochstehendes Bildungssystem auf allen Stufen gehört zu den Standortvorteilen des Kantons St.Gallen. Das St.Galler Bildungswesen setzt auf ein zielgerichtetes Zusammenwirken von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Es gilt, die Anforderungen auf die Erfordernisse der Zeit und die laufenden Entwicklungen auszurichten.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Chancengerechtigkeit ist nicht verhandelbar:

- › Erziehung und frühe Bildung ist Sache der Eltern.
- › Sprachliche Grundkompetenzen sind von Kindern mit Migrationshintergrund und deren Eltern konsequent einzufordern.
- › Auf die Grundfertigkeiten (lesen, schreiben, rechnen) ist in den ersten Schuljahren ein besonderes Augenmerk zu richten, um erfolgreich darauf aufbauen zu können.
- › Leistungsnivellierung und Orientierung am Mittelmass ist zu vermeiden. Leistungsstarke sind wie leistungsschwache Schülerinnen und Schüler zu fördern.
- › Der Zugang zu den Ausbildungsgängen und die Durchlässigkeit wird durch die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der Jugendlichen reguliert. Es bestehen keine kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Hindernisse.
- › Der duale Bildungsweg ist weiterhin zu stärken.
- › Die Maturitätsquote ist keine politisch festzusetzende Grösse. Allein Fähigkeiten, Eignung, Neigung und Leistungsbereitschaft sollen darüber entscheiden, welchen Ausbildungsweg ein junger Mensch beschreitet.
- › Eine permanente Weiterentwicklung aller Bildungsinstitutionen wird erwartet und so Innovation gelebt.

Qualität und Effizienz schliessen sich nicht aus:

- › Kostenwachstum im Bildungsbereich ist kein Naturgesetz. Eine stete Strukturüberprüfung ist zwingend; Staat und Wirtschaft treten als Partner auf.
- › Keine Zentralisierung des Bildungswesens und hohe Autonomie der Schulträger.
- › Innovative Schulmodelle sollen möglich sein.
- › Kirche und Schule sind finanziell, organisatorisch und administrativ konsequent zu trennen. Religionsunterricht ist keine Staatsaufgabe und demnach alleinige Sache der Kirche.
- › Das Fach Ethik-Religion-Gemeinschaft darf nur noch durch die Volksschule erteilt werden.
- › Die Universität St.Gallen, die Pädagogische Hochschule, die Fachhochschulen, die Höheren Fachschulen, die Mittelschulen sowie die Berufsfachschulen profilieren sich durch ihren hohen Qualitätsanspruch, ihre je spezifische Ausrichtung und ihre effizienten Strukturen.
- › Verursacherprinzip auch bei der Studienfinanzierung und deshalb zinslose Darlehen für alle statt Stipendien für wenige. Nachlaufende Studiengebühren sind ernsthaft zu prüfen.

- › Gleiche Bedingungen für private und staatliche Weiterbildungsinstitutionen.

Leistung zählt:

- › Die FDP fordert klare Leistungsziele. Leistungsvergleiche dienen der Transparenz.
- › Leistungsvergleiche dienen der Transparenz.
- › Die Arbeit mit dem Lehrplan 21 im Kanton St.Gallen wird evaluiert. In den Kernfächern (Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften) und in der Informatik dürfen keine Abstriche bei der Zielerreichung hingenommen werden.

Basiskompetenzen stärken:

- › Sicherer Gebrauch der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist auf allen Stufen mit Nachdruck zu fördern und zu fordern.
- › Als Fremdsprache ist Englisch ab der Primarschule und Französisch ab der Oberstufe bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit in allen Ausbildungsgängen als prioritär zu behandeln.
- › Den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) ist grössere Beachtung zu schenken als bisher.

Lehrpersonen sind von zentraler Bedeutung:

- › Lehrpersonen brauchen Zeit für das Kerngeschäft Unterricht, bzw. für die Erarbeitung grundlegender Bildungsinhalte.
- › Qualität und Engagement der Lehrpersonen sind wichtiger als Administration und Infrastrukturen. Die finanziellen Mittel sind dementsprechend zu priorisieren.
- › Lehrerinnen und Lehrer brauchen ein gutes Umfeld, anständige Löhne und kompetente Schulleitungen, um ihren Auftrag bestmöglich zu erfüllen.

Wirtschaft und Arbeit

Mehr Freiheit, weniger Staat!

Die FDP fordert:

- › Die Marktwirtschaft ist zu stärken.
- › Bundesvorgaben sollen vom Kanton nicht im Sinne eines Musterknaben direkt übernommen. Der Handlungsspielraum zu Gunsten eines freien Marktes wird maximal ausgeschöpft.
- › Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind permanent zu überprüfen und zu verbessern.
- › Innovation ist voranzutreiben, in der Wirtschaft und in der Verwaltung.
- › Die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Kantons müssen erhöht werden.
- › Der Innovationspark Ostschweiz muss im Kanton St. Gallen angesiedelt werden.

Ziele

Die Ostschweiz soll sich als innovativer und starker Wirtschaftsstandort der Schweiz weiterentwickeln und gestärkt werden. Unsere Export- aber auch die Binnenwirtschaft muss sich jederzeit mit der internationalen Konkurrenz im nahen und fernen Ausland messen und der hohen Veränderungsdynamik des Umfelds folgen können. Das sichert Arbeitsplätze und Wohlstand.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Marktwirtschaft stärken

- › Der Markt schafft Bedürfnisse und Angebote. Staatseingriffe nur, wo zwingend notwendig. So wenig Bürokratie und Regulierung wie möglich.
- › Bundesvorgaben sollen vom Kanton nicht im Sinne eines Musterknaben direkt übernommen. Der Handlungsspielraum wird zu Gunsten eines freien Marktes maximal ausgeschöpft.
- › Kurze Entscheidungswege und effiziente, unternehmerfreundliche Verwaltungsprozesse mit kurzen Reaktionszeiten sind ein Standortvorteil.
- › Keine Konkurrenzierung des lokalen Gewerbes durch staatsnahe Betriebe.
- › Die adäquate Erreichbarkeit des Gewerbes auf den verschiedenen Verkehrsträgern ist sicherzustellen.

Innovation vorantreiben

- › Die Standortattraktivität muss mit massiven Steuersenkungen, attraktivem Wohn- und Gewerberaum, grosszügigen Ladenöffnungszeiten, hervorragenden Verkehrsanbindungen und einem hochkompetitiven Bildungssystem erhöht werden.
- › Innovation kommt aus der Wirtschaft. Der Staat soll dafür nötige Rahmenbedingungen schaffen.
- › Eine Senkung der Gewinnsteuer setzt Mittel für Innovationen frei.
- › Die erfolgreiche Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung. Universität, Fachhochschulen und Institute (Empa, RhySearch etc.) sind auf die mittel- und langfristigen Bedürfnisse der Wirtschaft und damit der Gesellschaft auszurichten.
- › Der Innovationspark Ostschweiz soll im Kanton St. Gallen angesiedelt werden und bringt neu Impulse für die Zusammenarbeit von Industrie und Forschung, so erhält die Ostschweiz dafür vorgesehene Bundesmitteln für Innovation.
- › Neugründungen sollen durch guten und raschen Zugang zu den notwendigen verwaltungstechnischen Informationen und kurze Wege unterstützt werden.

- › Die aktuelle Dynamik in der Wirtschaft, v. a. als Folge der Digitalisierung, und die damit verbundenen neuen Möglichkeiten und Chancen müssen nicht nur nachvollzogen (*follower*), sondern proaktiv (*creator*) vorangetrieben werden. Es gilt, die Stärken zu stärken und auszubauen. Dazu sind spezifische Rahmenbedingungen notwendig (Stärkung der IT-Region St. Gallen, IT-Bildungsoffensive, Industrie 4.0 im Rheintal).
- › Innovation auch beim Staat: Prozesse und Strukturen sind gezielt zu vereinfachen und zu bereinigen und müssen den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft laufend angepasst werden. Die Staatsquote muss sinken. In der Verwaltung muss die Produktivität vergleichbar mit derjenigen der Privatwirtschaft sein.

Fachkräfte sichern

- › Die Standortattraktivität muss mit tiefem Steuerfuss, verfügbarem Wohn- und Gewerbebaum, grosszügigen Ladenöffnungszeiten, hervorragenden Verkehrsanbindungen und einem leistungsfähigen Bildungssystem erhöht werden.
- › Die Integration aller verfügbaren Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt ist durch die Schaffung von attraktiven Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu fördern.
- › Lebenslanges Lernen und neue Finanzierungsmodelle zur Sicherung der Pension sind weitere wichtige Bestandteile.
- › Neue Geschäftsmodelle und Arbeitsformen nicht mit Vorschriften regulieren, sondern umfassend in der Verantwortung der Arbeitnehmenden und der Arbeitgebenden belassen. Dazu gehört auch die möglichst freie Gestaltung der Arbeitszeit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- › Die Ostschweiz muss eine eigene Metropolitanregion werden. Alle wirtschaftlichen und politischen Kräfte müssen hier zusammenarbeiten und sich im nationalen Konzert hörbar und positiv einbringen.
- › Der Kanton braucht eine Tourismusstrategie
- › Die Nachfrage nach neuen Kompetenzen und Fähigkeitenkombinationen muss durch die Schaffung neuer Berufe rasch abgedeckt werden. Die Ausbildung in alten, nicht mehr gefragten Fachrichtungen muss angepasst oder eingestellt werden.
- › Eine gute Verkehrsinfrastruktur und Erreichbarkeit hilft bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Arbeitsplätze schaffen

- › Die Standortförderung des Kantons arbeitet eng mit den anderen Ostschweizer Kantonen und mit den regionalen Zentren zusammen, um Entwicklungsareale zu finden, zu entwickeln und zu erschliessen.
- › Die Entwicklung von Arealen wie wird in enger Abstimmung mit den politischen Gemeinden, den bereits ansässigen Unternehmen und privaten Investoren rasch vorangetrieben und zur Ansiedelung von zukunftssträchtigen Unternehmen und Start-ups genutzt.

Gesundheit

Qualität durch Fortschritt!

Die FDP fordert:

- › Die Spitäler werden mehr und mehr verselbständigt und entpolitisiert.
- › Besteller, Erbringer und Bezahler von Gesundheitsleistungen dürfen nicht identisch sein.
- › Standortfragen sind keine politischen, sondern rein unternehmerische Fragen, die alleine der Verwaltungsrat der Spitalverbunde zu beantworten hat.
- › Bei der Pflegefinanzierung muss die Eigenverantwortung gestärkt und die Umverteilung gestoppt werden.
- › Die Notfallabdeckung im ganzen Kanton ist weiterhin lückenlos gewährleistet.

Ziele:

Unser Gesundheitswesen ist qualitativ hochstehend, bezahlbar und konkurrenzfähig. Für die Leistungserbringung werden vermehrt auch kantonsübergreifend marktwirtschaftliche Kooperationen und innovative Konzepte umgesetzt. Die Grundversorgung wird sichergestellt. Dafür braucht es eine Leistungskonzentration. Durch eine bedarfsgerechte Ausbildung wird dem drohenden Personalmangel in den Gesundheitsberufen entgegengewirkt.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Mehr Markt und Leistungskonzentration

- › Die Spitäler und weitere Gesundheitsversorger haben grundsätzlich nach unternehmerischen Gesichtspunkten zu handeln.
- › Die Spitäler werden mehr und mehr verselbständigt und entpolitisiert. Es sind saubere Corporate Governance Strukturen, die politische Unabhängigkeit und eine Entpolitisierung der Aufsichtsgremien und der Geschäftsleitung zu schaffen. Besteller, Erbringer und Bezahler von Gesundheitsleistungen dürfen nicht identisch sein. Dafür muss auch die Qualität der Leistungen vergleichbar sein.
- › Bis dies der Fall ist, sind Leistungsüberangebote konsequent abzubauen. Die Spitallisten sind hinsichtlich des Angebots der umliegenden Kantone zu korrigieren.
- › Standortfrage sind keine politischen, sondern rein unternehmerische Fragen, die alleine der Verwaltungsrat der Spitalverbunde zu beantworten hat.
- › Der Kanton setzt sich für kostendeckende Baserates zugunsten der Leistungserbringer ein. Nur über kostendeckende Baserates können die Leistungserbringer die Qualität halten und Investitionen in die Infrastruktur auch langfristig finanzieren.
- › Der Verwaltungsrat des Spitalverbunds ist auf fünf Personen zu reduzieren. Der Spitalverwaltungsrat setzt sich aus hochqualifizierten Fach- und Führungspersonen zusammen. Ersatzwahlen in den Spitalverwaltungsrat sind zu professionalisieren.
- › Die qualitativ hochwertige Notfallabdeckung ist im Kanton weiterhin lückenlos gewährleistet.

Psychiatrie

- › Im Psychiatrieverbund ist das Prinzip der Corporate Governance zu schaffen. Die Übertragung der Immobilien an den Psychiatrieverbund ist zu prüfen.
- › Mit einem umfassenden kantonalen kinder- und jugendpsychiatrischen Konzept wird die konsequente Früherfassung von Risikokindern und kranken Kindern und Jugendlichen erreicht und durch ein nachhaltiges Case Management unterstützt.

Pflegefinanzierung:

- › Die Situation in der Finanzierung der stationären Altersversorgung verschärft sich weiter. Die heutige Situation ist im Bereich der Pflegefinanzierung unbefriedigend, da sie individuelle Finanzierungs- und Vorsorgemöglichkeiten ausblendet. Der Einzelne soll stärker in die Finanzierung der Pflege miteinbezogen werden. Die Eigenverantwortung soll gestärkt, die Umverteilung gestoppt werden.

Sicherheit und Justiz

Keine Freiheit ohne innere Sicherheit!

Die FDP fordert:

- › Strafverfahren müssen schnell abgewickelt werden. Urteile sind rasch zu vollziehen.
- › Cybersecurity ist durch interkantonale Zusammenarbeit zu professionalisieren und zu stärken.
- › Die innere Sicherheit bildet die Grundlage für die Freiheit.
- › Der Kanton St. Gallen setzt die Schweizer Asylpolitik konsequent um.

Ziele

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis – der gesamten Gesellschaft und des Einzelnen. Sicherheit muss durch den Staat gewährleistet sein. Für diese Aufgabe stehen dem Staat auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung. Mehr Gesetze geben nicht automatisch mehr Sicherheit. Gesetze müssen so bestimmt sein, dass sie auch durch- und umsetzbar sind. Die totale Sicherheit gibt es aber nicht und wäre nur durch den Verlust der persönlichen Freiheit zu haben. Wir wollen keinen Staat, der uns 24 Stunden überwacht und zum gläsernen Bürger macht. Sicherheit und Privatsphäre sind im Sinne eines Verhältnismässigkeitsprinzip in einem Gleichgewicht zu halten. Im Zweifelsfall steht aber die Freiheit des Einzelnen im Vordergrund.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Verteidigung und Bevölkerungsschutz konsequent auf mögliche Bedrohungen ausrichten:

- › Der Bevölkerungsschutz ist ein Verbundsystem von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betriebe, Zivilschutz – und subsidiär auch der Armee. Der Miliztauglichkeit ist dabei Rechnung zu tragen, ohne auf Professionalität zu verzichten.
- › Die Einsatzräume der einzelnen Organisationen sollten möglichst deckungsgleich sein
- › Die Bestände des Zivilschutzes sind nicht auf die wahrscheinlichsten, sondern auf die gefährlichsten Szenarien auszurichten.
- › Die Armee ist als letzte Sicherheitsreserve mit entsprechenden Mitteln auszustatten.

Bürger schützen:

- › Die öffentliche Sicherheit ist Aufgabe des Staates. Die sichtbare Präsenz der Polizei ist weiter zu erhöhen. Die Polizeiarbeit ist verstärkt auf die Kernaufgaben zu beschränken.
- › Die Sicherheit ist auch bei Grossveranstaltungen zu gewährleisten, wobei die Veranstalter in organisatorischer als auch finanzieller Hinsicht in die Pflicht zu nehmen sind.
- › Gewalt und Aggressivität müssen Tag und Nacht schnell und konsequent geahndet werden
- › Polizei und Justiz müssen in die Lage versetzt werden, auch im Bereich der digitalen Kommunikation bzw. der sozialen Netzwerke im Internet gegen Gewalt und Kriminalität vorzugehen.
- › Der Polizei stehen für die Abwehr von terroristischen Gefahren und zur Bewältigung ausserordentlicher Situationen die nötigen Kompetenzen und Mittel zur Verfügung.
- › Private Sicherheitsunternehmen dürfen keine hoheitlichen Aufgaben übernehmen und die Zulassung der Unternehmen ist interkantonal zu regeln.

Rasche und konsequente Verfolgung krimineller Handlungen:

- › Strafverfahren müssen schnell abgewickelt werden. Urteile sind rasch zu vollziehen.
- › Straffälligen Ausländern ist bei schweren Delikten die Aufenthaltsbewilligung zu entziehen.
- › Straffällige Jugendliche und deren Eltern sind umfassend in die Verantwortung zu nehmen.

Rechtspflege

- › Es ist sicherzustellen, dass der Mittelstand mit vertretbarem finanziellem Aufwand in der Lage ist, zu seinem Recht zu kommen.
- › Der Ausbildung des Justizpersonals ist grosse Aufmerksamkeit zu schenken.

Cyberkriminalität und Cybersecurity

- › Der Kanton St.Gallen strebt durch eine interkantonale Zusammenarbeit eine Professionalisierung und eine Führungsrolle im Bereich der Cybersecurity an. Ein hohes Mass an Cybersecurity ermöglicht die konsequente Nutzung neuer Technologien.
- › Die Cybersicherheit ist nicht durch Netzsperrern oder Technologieverbote anzustreben, sondern durch einen Vorsprung in Technik und Know-how.

Asylwesen

- › Der Kanton St.Gallen setzt die Schweizer Asylpolitik konsequent um, indem einerseits abgewiesene Asylbewerber konsequent ausgeschafft werden und andererseits anerkannte Flüchtlinge sprachlich und beruflich in unsere Gesellschaft integriert werden.
- › Die Betreuung und Unterbringung sind auf deren Wirtschaftlichkeit und Effizienz hin zu überprüfen. Der Grundsatz „ein Mensch – eine Bundespauschale – eine Staatsebene“ wird konsequent umgesetzt.

Gesellschaft, Familie und Soziales

Eigenverantwortung vor Staat!

Die FDP fordert:

- › Familienergänzende Betreuungsmassnahmen sind wichtig und eine Verbundaufgabe von Staat, Wirtschaft und Privaten.
- › Keine Giessskannenpolitik im Sozialbereich.
- › Keine Kleidervorschriften für den öffentlichen Raum.
- › Cannabis ist zu legalisieren.

Ziele

Die Arbeitsbedingungen sind für alle Frauen und Männer optimal. Es bestehen verschiedenste Optionen, sich im Rahmen der individuellen Möglichkeiten zu entwickeln und erfolgreich zu sein. Immigration bedingt zwingend Integration.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Individuelle Freiheit

- › Keine Kleidervorschriften für den öffentlichen Raum.
- › Cannabis ist zu legalisieren und gleich wie Alkohol und Tabak zu regulieren.
- › Gleichgeschlechtliche Paare sind güterrechtlich und adoptivrechtlich mit gegengeschlechtlichen Paaren gleichzusetzen.

Beruf und Familie:

- › Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird durch flexible Arbeitsplatz- und Arbeitszeitmodelle gefördert.
- › Bürokratischen Hürden für die Errichtung von familienergänzenden Betreuungsmassnahmen sind umfassend abzubauen, um private Initiative nicht zu bremsen.
- › Familienergänzende Betreuungsmassnahmen sind wichtig und eine Verbundaufgabe von Staat, Wirtschaft und Privaten. Es ist so nicht Aufgabe des Staates, familienergänzende Strukturen anzubieten und zu finanzieren.
- › Der Staat fördert Tagesstrukturen und die Initiative von privaten.

Giessskannenpolitik im Sozialbereich stoppen:

- › Bedürftige Menschen sollen gezielt unterstützt werden. Wer staatliche Leistungen erhält, muss sich Kontrollen über deren Rechtmässigkeit gefallen lassen.
- › Individuelle Prämienverbilligungen bei den Krankenkassen sollen nur jenen Personen zukommen, welche effektiv in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Die Bezügerquote soll auf 25% gesenkt werden.
- › Im Kanton St.Gallen sollen für die Ausrichtung wirtschaftlicher Sozialhilfe weiterhin die KOS-Richtlinien – nicht die SKOS-Richtlinien – angewendet werden.

Milizsystem stärken:

- › Die Freiwilligenarbeit sowie der in der Schweiz verankerte Milizgedanke sind zu stärken.
- › Engagement zugunsten der Öffentlichkeit soll gebührend anerkannt werden.

- › Freiwilligen- und Laienarbeit darf nicht durch Professionalisierung unterbunden werden. Der zunehmenden Professionalisierung bei sozialen Einrichtungen soll entgegengewirkt werden. Laienarbeit soll wieder möglich und anerkannt sein.

Keine Migration ohne Integration:

- › Ausländerinnen und Ausländer respektieren unser Wertesystem und sprechen unsere Sprache.
- › Die kantonalen Behörden nutzen vermehrt ihren gesetzlichen Handlungsspielraum bei der Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen.
- › Integration wird als Tugend gefördert und nicht als Pflicht zementiert.

Kultur – Stärken stärken - Vielfalt leben

- › Gemeinsame kulturelle Wurzeln sind das verbindende Element, ihre Stärke identitätsstiftender Ausdruck des Gemeinsinns einer jeden Gesellschaft.
- › Kulturelle Vielfalt und das kulturelle Angebot ist nicht nur für die «urbane kreative Klasse» in Hightech- und Innovations-Branchen relevanter Standortfaktor, sondern Ausdruck und Bedürfnis der lokalen Lebenswelt.
- › Die im Kulturbereich Engagierten leisten mit ihrer überdurchschnittlichen Eigeninitiative und dem hohen Mass an Freiwilligenarbeit einen entscheidenden Beitrag an den Gemeinsinn unserer Gesellschaft. Die FDP anerkennt und fördert dieses wichtige Engagement als urliberales Anliegen.
- › Der Kanton sucht im Rahmen der Förderung von kulturellen Projekten im Sinne von Public-Private-Partnership vermehrt und proaktiv die Zusammenarbeit mit privaten Trägerschaften.
- › Kulturförderung, für die von privater Seite ein wirtschaftliches Interesse besteht, soll nach Möglichkeit von Privaten getragen werden.
- › Die Aufgabenteilung der verschiedenen Staatsebenen ist mit dem, im Kulturförderungsgesetz verfolgten, regionalen Plattformen-Modell konsequent und partnerschaftlich zu verfolgen und weiterzuentwickeln.
- › Wir stehen ein für eine, die regionalen Besonderheiten berücksichtigenden Kulturpolitik (Stärken stärken, Vielfalt leben). Die Kantonalen Kulturstandorte stehen dabei stellvertretend für die traditionelle Vielfalt unseres Kantons. Der Kanton achtet im Zuge von finanziellen Unterstützungsbeiträgen für Infrastrukturprojekte im Kulturbereich verstärkt darauf, dass seine Investitionen langfristig einen grösseren volkswirtschaftlichen Nutzen von privater Seite generieren.
- › Schlanke und effiziente Prozesse: Der Kanton minimiert den Verwaltungsaufwand in der Kulturadministration durch moderne und effiziente Prozesse und realisiert Synergieeffekte

Verkehr

Rollen statt Stauen!

Die FDP fordert:

- › Alle Verkehrsträger werden gleich gefördert und deren Finanzierung muss sichergestellt sein.
- › Die Engpässe im Kanton St.Gallen sind zu beseitigen.
- › Der Ausbau orientiert sich an der Nachfrage, nicht umgekehrt.
- › St.Gallen muss als Vollknoten Bestandteil des nächsten Bahnausbauschrittes sein.

Ziele

Die Schweiz verfügt heute über eine gut ausgebaute und qualitativ hochstehende Verkehrsinfrastruktur. In der Ostschweiz besteht weiterhin Nachholbedarf. In den kommenden Jahren stehen alle Verkehrsträger bezüglich Erhalts und Erneuerung der Infrastruktur wie auch betreffend Betrieb und Unterhalt vor grossen Herausforderungen. Die erwartete Bevölkerungszunahme, das veränderte Mobilitätsverhalten die Trends zu E-Mobilität werden die Herausforderungen noch verstärken. Die Siedlungsentwicklung ist mit der Verkehrspolitik abzustimmen. Die gut auch mit den Nachbarn abgestimmten Agglomerationsprogramme und deren Massnahmen sind umzusetzen.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Vielfalt als Stärke beim Mobilitätsangebot:

- › Ein intelligentes Mit- und Nebeneinander der einzelnen Verkehrsträger ist Grundvoraussetzung für eine sinnvolle Verkehrspolitik.
- › Die diversen Verkehrsnetze sind miteinander zu verknüpfen, um Strasse, Schiene und Langsamverkehr miteinander abzustimmen und um auch die freie Wahl des Verkehrsmittels zu ermöglichen.
- › Die Finanzierung der Strassenprojekte ist im Kanton St.Gallen wie bis anhin über einen eigenen Fonds sicherzustellen.
- › Die Tarifsysteme sind zu vereinfachen und vereinheitlichen (eine Reise – ein Ticket).
- › Der Flughafen Altenrhein ist als Standortvorteil zu erhalten und zu optimieren.
- › Kein Tempo 30 auf Durchgangsstrassen.
- › Bushaltestellen gehören in separate Busbuchten und nicht auf die Hauptstrassen.

Beseitigung bestehender Engpässe auf dem Strassennetz:

- › Der Engpass A1, St.Gallen, ist zu beseitigen. Diese mittels dritter Röhre sowie einer Teilsperre und dem Tunnel Liebegg.
- › Die Rheintalautobahn ist über eine Autobahnverbindung ans Vorarlberger Netz anzubinden.
- › Die Verkehrsentlastung Rapperswil-Jona ist mit hoher Priorität anzugehen.
- › Der Autobahnanschluss Witten in der Region Rorschach sowie der Autobahnanschluss Wil-West sind schnellstmöglich zu realisieren.

Attraktiver öffentlicher Nahverkehr:

- › Die FDP fordert den gezielten Ausbau, wobei ein Mindestmass an Rentabilität gewährleistet sein muss.
- › Der Ausbau orientiert sich an der Nachfrage, nicht umgekehrt.
- › Zur Effizienzsteigerung, Entflechtung und Beschleunigung ist in der Stadt St.Gallen auf der Längsachse eine Eigentrassierung oder eine Tramverbindung zu prüfen.

- › Bei der Fahrplangestaltung ist darauf zu achten, dass Verspätungen und lange Umsteigzeiten vermieden werden.
- › In Agglomerationen und in städtischen Gebieten ist ein Viertelstundentakt anzubieten. Auf dem Land sind Kombinationen ab Verkehrsknoten mit dem motorisierten Individualverkehr vermehrt anzustreben, um auch Kosten und Nutzen im Gleichgewicht zu halten.
- › Grenzüberschreitende Verkehrswege sind auszubauen.
- › Die Doppelspur zwischen im Rheintal ist schnellstmöglich in Betrieb zu nehmen.
- › Die S-Bahn Obersee ist rasch zu verwirklichen. und das Verkehrsangebot zwischen dem Toggenburg und dem Grossraum Zürich ist auszubauen.
- › Das Toggenburg ist an die schnellen Verbindungen anzubinden.
- › Engpässe auf dem Bahndreieck (St. Gallen – Zürich – Sargans) sowie auf der Diagonale St. Gallen – Rapperswil sind zu beseitigen.

Schnellere Fernverkehrsverbindungen:

- › Der Bahnhof St.Gallen ist zum Vollknotenpunkt ausgebaut werden. Das bedeutet eine Fahrzeit von 55 Minuten zwischen St.Gallen und Zürich.
- › St.Gallen darf den Anschluss an die übrigen Regionen nicht verpassen.
- › St.Gallen muss Bestandteil des nächsten Bahnausbaus schrittes sein.
- › Die Linie St. Gallen – Chur ist mit der Neukonzessionierung der Linie dem Fernverkehr zuzuschreiben.
- › Zwischen St.Gallen und Zürich sind schnellere Verbindungen zu realisieren.

Energie

Taten statt Worte!

Die FDP fordert:

- › Energieeffizienz und flächendeckende Versorgungssicherheit sind zentrale Anliegen der FDP: sie sind zu gewährleisten.
- › Weder Technologieverbote noch -gebote. Denkverbote in Bezug auf die Energieproduktion lehnen wir ab.
- › Kantonale Behörden sollen den Ermessensspielraum zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger auslegen.
- › weniger Energiebürokratie

Ziele

Die Energieversorgung und die Energieeffizienz sind für die Bevölkerung und die Wirtschaft von zentraler Bedeutung und so stets sicherzustellen. Im Interesse einer klimaneutralen Energiepolitik ist die Energiewende 2050 anzustreben. Die Chancen der technologischen Entwicklung sind konsequent zu nutzen, statt sie einzuschränken. Der Verbrauch fossiler Energieträger wird so weiter reduziert.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Energie soll effizient genutzt und umweltverträglich produziert werden:

- › Ziel ist die Erhöhung der Energieeffizienz und konsequentes Energiesparen.
- › Bei öffentlichen Bauten ist bezüglich Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien eine Vorbildfunktion wahrzunehmen (z.B. Energiestadt).
- › Der Kanton unterstützt den Bund in der Erreichung der Klimaziele und strebt eine gesamtschweizerische Koordination an.
- › Es sind gezielte und wirkungsvolle Anreize für Projekte in erneuerbaren Energien zu schaffen, z. B. durch einmalige Förderbeiträge. Auf Luxuslösungen ist zu verzichten, Mitnahmeeffekte sind zu vermeiden.
- › Weniger behördliche Vorschriften auch im Energiebereich ermöglichen Innovation.

Versorgungssicherheit hat oberste Priorität:

- › Der Energiebedarf muss langfristig gesichert sein.
- › Die dezentrale Stromproduktion ist kombiniert mit Eigenverbrauchsregelungen zu unterstützen.
- › Zur Energiegewinnung sollen keine Nahrungsmittel verwendet werden, ausgenommen Abfälle.
- › Vollständige Liberalisierung des Strommarktes.

Fortschritt dank neuer Technologien:

- › Den Herausforderungen im Bereich der Energieversorgung ist mit mehr Innovation zu begegnen.
- › Die Kompetenzen in der Fachhochschule Ostschweiz im Bereich Energie- und Umwelttechnologie sollen gestärkt werden.
- › Beschleunigte Verbreitung von Smart Metern.
- › Weder Technologieverbote noch -gebote. Denkverbote in Bezug auf die Energieproduktion lehnen wir ab.

Umwelt und Lebensraum

Eigeninitiative vor staatlichen Eingriffen!

Die FDP fordert:

- › Attraktive Wohn- und Lebensräume sind zu ermöglichen
- › Die wirtschaftliche Entwicklung wie die Erweiterung von Produktionsstätten, die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Neuansiedlungen von Industrie- und Gewerbe haben Vorrang vor raumplanerischen Restriktionen.
- › Die planerischen und baulichen Rahmenbedingungen sowie deren Umgang/Auslegung damit in der Verwaltung sind im Kanton St.Gallen für Unternehmen, Bauherren und Investoren attraktiv
- › Der Erhaltung unserer Landschaft und ein sorgfältiger, umweltbewusster Umgang mit den vorhandenen Ressourcen sind selbstverständlich, so erhalten wir auch die Biodiversität.
- › Der Einbezug des Umweltschutzes und der ressourcenschonende Umgang ist eine Selbstverständlichkeit.

Ziele

Raumplanung setzt neue Massstäbe. Die Erweiterung von Gewerbe- und Industrieanlagen muss weiterhin gewährleistet sein, um Arbeitsplätze zu sichern oder die Anpassung von Produktionsanlagen an neue technologische Standards zu ermöglichen. Für die Bevölkerung und deren Wachstum ist genügend Wohnraum bereitzustellen. Die Umnutzung von Brachen bzw. Arealen oder die Aufwertung von Dorf- und Kernzonen soll im Vordergrund stehen. Ein haushälterischer Umgang mit der Ressource Boden wird durch die Raumplanungsbehörden berücksichtigt. Ökonomie und Ökologie sind kein Widerspruch und dürfen in der Politik auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Erhaltung unserer Landschaft bzw. ihrer Strukturen und ein sorgfältiger, umweltbewusster Umgang mit den vorhandenen Ressourcen sind selbstverständliche Voraussetzungen unserer Politik. Ressourcen sind schonend und nachhaltig und mit einem adäquaten Schutz der natürlichen Umwelt zu nutzen. Umwelt und Lebensqualität stehen in einem engen Zusammenhang und verlangt ein eigenverantwortliches Handeln. Nicht zuletzt bieten der Umweltschutz und die Verwertung von Altstoffen bzw. deren Recycling auch wirtschaftliche Chancen.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Raumplanung setzt neue Massstäbe auf der Basis des neuen PBG:

- › Die kantonale Bauzonendimensionierung entspricht dem aktuellen RPG
- › Bei Bedarf müssen Neueinzonungen weiterhin möglich sein, um Neuansiedlungen von Industrie- und Gewerbe und Erweiterungen bestehender Betriebe und damit der Sicherung und Ausbau von Arbeitsplätzen zu unterstützen.
- › Das Siedlungswachstum ist mit dem Erhalt und dem Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen zu koordinieren.
- › Der haushälterische Umgang mit Boden und Bauland ist selbstverständliche Pflicht für die Raumplanungsbehörden; die Forderung darf eine wettbewerbsfähige Entwicklung des Kantons als Wohn- und Arbeitsstandort nicht verunmöglichen. Die Anwendung der Rahmenbedingungen in der Verwaltung sind im Kanton St.Gallen für Unternehmen, Bauherren und Investoren attraktiv und kundenorientierte Prozesse.
- › Eigentumsfeindliche Bestimmungen, welche über die bundesrechtlichen Minimalvorgaben hinausgehen sind abzulehnen.
- › Die Gemeinden fördern die Verwirklichung ihrer Planungen durch eine den örtlichen Verhältnissen angepasste Boden- und Baulandpolitik, welche auch die Umnutzung von Brachen/Arealen oder die Aufwertung von Dorf- und Kernzonen mitberücksichtigt

- › Bei dieser anspruchsvollen Aufgabe muss den Gemeinden ein erheblicher Beurteilungsspielraum gewährt werden.

Mensch und Umwelt nachhaltig schützen:

- › Dem Schutz vor schädlichen Immissionen kommt weiterhin ein hoher Stellenwert zu. Hier ist insbesondere private Eigeninitiative gefordert.
- › Renaturierungsprojekte sollen unter Einbezug der Betroffenen gefördert werden, um auch den Erholungsraum zu stärken
- › Wenn immer möglich, sollen die Unternehmen mittels Selbstregulierung und aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsbeurteilung zu einer Reduktion der Umweltbelastung beitragen.
- › Verschmutzungen der Umwelt sollen vom Verursacher möglichst verhindert und sonst behoben werden (Beispiel: Altlastensanierung).
- › Lärmschutz-, Luftreinhalte- und Wasserreinhaltemassnahmen sollen gemäss heutigem Gesetz mit Augenmass umgesetzt und primär mittels baulicher Massnahmen (zum Beispiel Strassen-Lärmschutzfenster anstatt Tempo 30), Einsatz neuer Technologien und temporären, lokalen Aktionen (zum Beispiel bei Überschreitung von Ozonwerten) realisiert werden. Dabei ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu beachten.
- › Sofern es aufgrund des Kosten-Nutzen-Verhältnisses sinnvoll ist, sollen die Rohstoff-Kreisläufe durch kostendeckende Recyclingsysteme geschlossen werden.

Landschafts- und Denkmalschutz:

- › Weniger ist mehr.
- › Der Lebens- wie Erholungsraum soll mit Renaturierungsmassnahmen wie Gewässerläufe unter Einbezug der Betroffenen aufgewertet werden.
- › Lebensräume bedrohter Arten sind nachhaltig, aber unter Berücksichtigung aller Interessen an den Raum zu schützen.
 - › Bedrohte Arten und ihre Lebensräume sind in Form von Biodiversitätsstrategien und Artenförderprogrammen nachhaltig zu schützen.
- › Schutzgebiete sind dabei zu überprüfen, ggf. zu reduzieren
- › Invasive Neophyten und Neozoen sind zu bekämpfen.
- › Schutzziele sind im Interesse der Rechtssicherheit klar zu definieren.
- › Der Denkmalschutz ist auf wenige, schützenswerte Objekte zu reduzieren.

Landwirtschaft

Mehr Innovation, weniger Staat!

Die FDP fordert:

- › Mehr Unternehmertum, Nachhaltigkeit und Selbstverantwortung.
- › Sinnvolle Vernetzung von Biodiversitätsförderflächen.
- › Vermeidung von missbräuchlichem Protektionismus, der in den Markt eingreift und die Branche schwächt.
- › Mehr Innovation in der Landwirtschaft.

Ziele

Dank Unternehmertum, Nachhaltigkeit und Selbstverantwortung hat die St.Gallische Landwirtschaft Perspektiven.

Forderungen und konkrete Massnahmen

Landwirtschaftliche Produktion

- › Unternehmertum in der Landwirtschaft soll ermöglicht werden.
- › Nachhaltige Steigerung der Produktivität und der Wertschöpfung der landwirtschaftlichen Produktions- und Verarbeitungskette.
- › Effiziente Nahrungsmittelproduktion, regional verankerte Produktions- und Verarbeitungsketten und Fokussierung auf Produktionszweige mit hoher Wertschöpfung.
- › Natürliches Produktionspotenzial für den Gemüse- und Ackerbau sowie für den Futterbau optimal nutzen.
- › Grundlagen zur Förderung und Realisierung von Fruchtfolge-Gemeinschaften erarbeiten.
- › Verbesserung des Wertschöpfungspotential in Alp- und Berggebieten.

Gemeinwirtschaftliche Leistungen

- › Gezielte und koordinierte Optimierung der Biodiversitäts-Leistungen und der Lebensraumqualität in der Region.
- › Qualität des Lebensraums standortorientiert und koordiniert weiterentwickeln, Erhaltung und Pflege des Grünraums als Teil der gemeinwirtschaftlichen Leistungen sowie Förderung des Bewusstseins für die multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft.
- › Ermöglichen von Ökoflächenpools ausserhalb der Fruchtfolgeflächen.
- › Sinnvolle Vernetzung von Biodiversitätsförderflächen.
- › Einbezug der produzierenden Landwirtschaft in die Pflege und den Unterhalt der naturnahen Schutzgebiete und Gewässerräume.

Technische Ressourcen und Betriebsstrukturen

- › Bedarfsorientierter Unterhalt und Erneuerung der technischen Infrastrukturen und Gebäuden sowie Optimierung der Flächenarrondierung.
- › Erschliessungskonzept mit Hauptachsen erarbeiten.
- › Erschliessungsinfrastruktur für künftige landwirtschaftliche Bewirtschaftung optimieren.

Natürliche Ressourcen

- › Nachhaltige Sicherung und Aufwertung der Produktionsgrundlage Boden.

- › Langfristige Sicherung der landwirtschaftlichen Produktionsflächen, Erhaltung und Aufwertung des Produktionspotentials und Schutz und Nutzung der Ressource Wasser.
- › Identifizieren und priorisieren der aufzuwertenden Böden.
- › Stetige Weiterentwicklung des Verfahrens für Bodenverbesserungen.

Rahmenbedingungen

- › Vermeidung von missbräuchlichem Protektionismus, der in den Markt eingreift und die Branche schwächt.
- › Eindämmung des Einkaufstourismus durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Produkten.
- › Die Landwirtschaft muss rechtzeitig auf Veränderungen reagieren können. Neue Produkte und Dienstleistungen bieten die Chance, auch bei veränderten Marktsituationen als Unternehmer erfolgreich zu sein. Landwirtschaftsbetriebe sind flexible Unternehmen, sie bieten ein starkes soziales Umfeld und sind bereit auf Veränderungen zu reagieren.
- › Handlungsspielraum durch Bundesgesetze maximal wahrnehmen.
- › Innovation und Alternativen aktiv fördern und nicht blockieren.
- › Eine gute Ausbildung, Weiterbildung und Beratung ist die Grundvoraussetzung für selbstverantwortliches Handeln.